Mürztaler Volksstimme Kindberg - St. Barbara





Nr. 20 Dezember 2022

Klein, aber mit Biss!

Armut und Teuerung:

Daran soll nur der Putin schuld sein?

KPÖ fordert wirksame Maßnahmen zur Krisenbewältigung.

Auf dem Weltmarkt fallen die Energiepreise. Bei uns steigen die Strom- und Gastarife ins Uner-**KPÖ-Gemeinderat** messliche. Mario Zver: "Daran ist nicht allein Putin schuld, sondern auch die Politik der österreichischen Regierung, die außer zahnlosen Einspartipps in dieser Krise keine wirksamen Maßnahmen zustandebringt." Die Haushalte müssen doppelt oder dreimal so viel für Strom und Wärme zahlen wie vor einem Jahr. Die Zahlungen der Regierung an

die Leute sind im Vergleich dazu nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die Inflation liegt bei 10 Prozent. Güter des täglichen Bedarfs werden fast wöchentlich teurer. Die Lohnabschlüsse gleichen in Anbetracht der Inflation einem Scherz. Gleichzeitig verdienen die Konzerne prächtig und so viel wie noch nie. Und wie in jeder Krise stopfen sich jene, die ohnehin alles haben, auf Kosten der Bevölkerung die Taschen voll.

Auch für Waffen und Krieg ist an-

scheinend noch immer genug Geld

Die große Frage lautet: Wie lange sollen sich die Leute das alles noch gefallen lassen?

Die KPÖ fordert:

- ▼ Lohn- und Gehaltsabschlüsse über der Inflationsrate.
- ▼ Amtliche Preisregelung für Güter des täglichen Bedarfs.
- ▼ Eine saftige Besteuerung der Energiekonzerne, sowie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.



Gesundheit, Frieden und ein Glückliches **Jahr 2023** wünscht die **KPO** Mürztal Mitte

Ihre Gemeinderäte Mario Zver & Rudolf Muri

AKTUELL AUS KINDBERG

ommentar

Zur Lage:

Das geplante Asylheim verfolgt uns Kindberger:innen seitgeraumer Zeit. Mittlerweile stehen nicht mehr Befürchtungen und Bedenken unserer Mitbürger:innen im Mittelpunkt.



sondern scheinbar die Interessen einer Partei, die vorgibt unseren Willen zu vertreten, aber letztlich nur politisches Kleingeld aus unserer Situation machen will. Und dies Alles ein paar Tage vor Weihnachten.

Ich finde es ausgesprochen unfair, wenn diese Partei die bisher geschlossene, einheitliche Haltung des Kindberger Gemeinderates verlässt und Kindberg zu einem Aufmarschgebiet blauer Bundespolitiker macht. Diese Politiker wollen nicht die Interessen der Kindberger:innen vertreten, sondern ihre eigenen. Sie blühen halt nur dann auf, wenn es zu solchen Situationen wie jetzt in Kindberg kommt. Nur dann können sie davon profitieren. Lösungsorientiert vorzugehen würde halt bedeuten, ihrem Populismus abzuschwören was wiederum ihre Wahlchancen auf das Bundeskanzleramt dezimieren würde,

Daher finde ich den Auftritt der FP Spitze in Kindberg für unser aller Anliegen nicht hilfreich. Kickl und Co wird dies wohl egal sein. Der FPÖ Fraktion mit der Gemeinderätin Hechtner sollte es das aber nicht sein. Im Übrigen wird es an der Haltung der KPÖ Kindberg keine Änderung geben: Wir glauben weder an die Worte des Innenministers, noch die des Landeshauptmannes und schon gar nicht an die Beteuerungen der BBU.

Nur zu einem lassen wir uns nicht hinreißen: Menschlichkeit gegen Wählerstimmen abzuwiegen.

Nach wie vor bleiben wir bei unserer Forderung: Kein Massenquartier in Kindberg – aber auch absolut keine rassistischen Ideen in unserer Gemeinde! Wenn im ganzen Mürztal die Pflegeheime nur zu 50 Prozent ausgelastet sind, weil Personal fehlt oder weil es rundherum an niedergelassenen Ärzten mangelt, zeigt die miese Politik der letzten 20 bis 30 Jahre, egal ob schwarz, blau, rot oder grün- alle haben Dreck am Stecken!

Unsere Eltern bekommen keinen Pflegeplatz, nicht weil ein Asylant das Bett besetzt, sondern weil die Politik nicht in der Lage ist Pflegebedienstete zu bekommen. Nur die Folgen dieses Versagens trägt die Bevölkerung, also wir selbst! Daher sollten wir auch einmal sagen: So nicht!

Der Mensch zuerst – der Profit zuletzt!
In diesem Sinne wünsche ich ihnen
ein Gutes, Neues Jahr! Mario Zver

Splitter aus dem Kindberger Gemeinderat:



...dass der **Haushaltsvoranschlag 2023** bei der Budgetsitzung des Kindberger Gemeinderates nicht einstimmig angenommen wurde. Die ÖVP stimmte nicht zu, da ihnen die Planungskosten für das neue Kindberger Rüsthaus zu gering erschienen.



...dass es ab 1.1.2023 schon wieder zu einer **Strom- preiserhöhung** des E-Werks Kindberg kommt. KPÖ Gemeinderat Zver war mit diese Erhöhung nicht einverstanden.



...dass die **Postpartnerstelle** im Bauamt der Gemeinde Kindberg in Mürzhofen aufgegeben wurde. Angeblich war die Kundenfrequenz zu gering, was kein Wunder ist, da diese nur von 14-bis 16 Uhr geöffnet war. GR Zver stimmte gegen die Schließung. Nicht zuletzt deswegen weil bei der Gemeindefusion versprochen wurde, dass zumindest ein Grundservice vor Ort bestehen bleibt und dazu gehört unter Anderem ein Postpartner.



...dass die automatisierte Mieterhöhung der Gemeindewohnungen für 2023 vom Gemeinderat einstimmig ausgesetzt wurde. Somit kommt es zu keiner Erhöhung der Grundmieten. Die Wohnkosten werden durch die Betriebskostenerhöhungen trotzdem ansteigen.



...dass der Gemeinderat **Investitionen** von 6.439.900 Euro beschlossen hat. Davon werden fast 4 Mio Euro mittels Darlehen finanziert. Die großen Brocken dabei ist das Projekt Fernwärme mit 2,4 Mio. Euro, für die Wasserversorgung, für Kanal- und der Straßenbau werden über 4 Mio. Euro in die Hand genommen.



Unsere Gemeinderäte Rudi Muri (St.Barbara) und Mario Zver (Kindberg) leisten gute Arbeit! Helfen Sie mit, diese Tätigkeit auf eine breitere Basis zu stellen!

Wer uns unterstützen will, oder Vorschläge für uns hat,ist herzlich willkommen.

Kontaktieren Sie uns entweder telefonisch unter:

Muri Rudi 0681 10117016 oder per Mail unter: muri.rudolf46@ gmail.com bzw

Zver Mario 0676 5955601 oder per Mail unter: auweg@outlook. com

AKTUELL AUS ST. BARBARA

Was uns AUF- und EINFÄLLT...

...dass in St. Barbara Pensionist:innen mit **Ausgleichszulage** Gutscheine erhalten, ist gut und wichtig. Dass aber Personen mit noch weniger Einkommen wie zum Beispiel Sozialhilfe-, Notstandsgeld- oder Reha-Geldbezieher:innen nichts erhalten ist eine große Ungerechtigkeit.

...dass man empfiehlt, **Rollkragenpullis** zu tragen, um Heizkosten zu sparen!

...dass die **St.Barbara-Gutscheine** weder am Gemeindeamt in Mitterdorf, noch in den Servicestellen der Gemeinde in Wartberg und der Veitsch erhältlich sind.

...dass Energiesparen und die Förderung von E-Autos irgendwie nicht zusammenpassen.

...dass die **Oppositionsarbeit** in der St. Barbara vom leitenden Beamten der Gemeinde erschwert wird, in dem es den kleinen Fraktionen nicht möglich ist, sich auf die Gemeinderatssitzungen ordentlich vorzubereiten. Diese Vorgangsweise gibt es in der Umgebung leider nur in St. Barbara und widerspricht auch der steirischen Gemeindeordnung. Sollte es da nicht zu einer Einsicht kommen, wird es wohl zu einer Anfrage an die Gemeindeaufsicht des Landes kommen müssen. Die wird dann wohl tätig werden.

...dass das Land Steiermark das Studium von Steirer:innen an einer privaten Medizinuniversität in Wien unterstützt hat. Jetzt hat die Regierung genau dieser Universität das Recht entzogen, Ärzte auszubilden. Dabei gibt es in Graz eine Medizinuniversität.

...dass die USA einen Krieg nach dem anderen in vielen Regionen der Welt führt oder unterstützt. Von **Sanktionen** gegen die USA ist aber nichts zu hören und zu sehen. ...dass die Gemeinde in Sachen Glascontainer bei der Entsorgerfirma nichts gegen die massive Verschlechterung für die Haushalte unserer Gemeinde machen kann. Die Ursache liegt wohl schon Jahrzehnte zurück. Die Privatisierung der Müllentsorgung wirkt sich halt immer gegen die Bevölkerung und somit letztendlich gegen die Gemeinden aus. Jene Kommunen, die ihre Müllentsorgung nicht privatisiert haben, sind vor solchen Überraschungen gefeit!

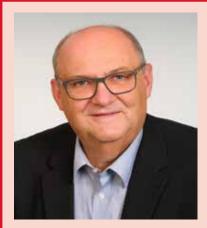
...dass die Übergewinne der Energiekonzerne an die Kunden zurückgegeben werden müssen. Der Staat kassiert da unverschämt mit, um dann einige Almosen an die Bevölkerung abzugeben.

...dass auf der Internetseite der Gemeinde unser Bürgermeister über die Gemeinderatssitzung vom September berichtet. Mittlerweile gab es schon zwei weitere: Aktualität ist was Anderes.

..dass auf die österreichischen Haushalte die nächste Hiobsbotschaft wartet. Mit Anfang des Jahres sollen, geht es nach der E-Control, die Netzgebühren deutlich steigen, was zu einer weiteren Verteuerung des Strompreises führen würde. Man fragt sich, wann die Bundesregierung gesetzliche Maßnahmen ergreift, um den Strompreis von den spekulativen Börsenpreisen auf die tatsächlichen Erzeugungskosten herunterzubringen.

...dass die Zukunft unseres Sportplatzes in Mitterdorf in den Sternen steht. Der Fußballbetrieb der (letztlich einzig verbliebenen) Kampfmannschaft wurde in der Veitsch zentriert, während der Nachwuchs in Wartberg angesiedelt wurde. Für den Fußballplatz in Mitterdorf bedeutete dies nun das Aus. Was mit dem Kabinengebäude passiert, es gehört dem Sportverein, ist offen.

ommentar



Einfach ungerecht!

In der Novembersitzung des Gemeinderates stand die Auszahlung der St.Barbara-Gutscheine für unsere Mindestpensionist:innen für Weihnachten 2022 auf der Tagesordnung.

Da es in unserer Gemeinde auch Personen gibt, die weniger Einkommen als Mindestpensionisten haben, stelle ich dazu einen Abänderungsantrag. In diesem ging es darum, dass diese Personen ebenfalls diese Weihnachtsgutscheine der Gemeinde erhalten.

Leider fand mein Ansinnen nur bei den VP-Gemeinderäten Gehör.

Von FPÖ und SPÖ gab es keine Zustimmung und somit wurde mein Antrag mit Haarsträubenden Ausreden abgelehnt.

Ich kann ihnen aber versprechen, dass ich auch im nächsten Jahr diesen Antrag erneut stellen werde. Aber vielleicht wird es die Mehrheitsfraktion von sich aus machen und dies dann sogar als ihren Erfolg verkaufen.

Sei`s drum, nur gemacht gehörert`s halt bald...

Das wünscht sich und Euch Ihr Gemeinderat Rudolf Muri

Preisrätsel

Helfen statt Reden!

Rat & Hilfe bei der Mieter- und Sozialberatung der KPÖ

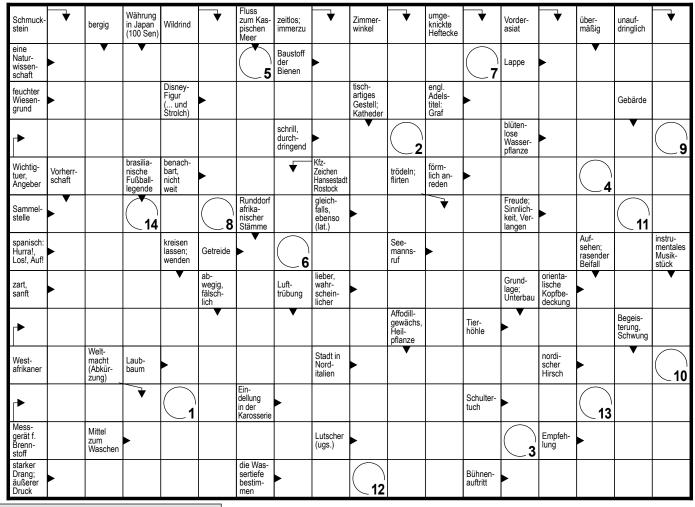
Die kostenlosen und anonymen Sprechstunden finden jeden Mittwoch von 15.30 bis 17.30 Uhr im Büro der KPÖ Mürzzuschlag, Wiener Straße 148 statt.

Sie finden kostenlos Rat und Hilfe:

- · bei mietrechtlichen Fragen
- · wenn Sie Schwierigkeiten haben, Ihre Miete zu bezahlen
- bei drohender Delogierung
- wenn Sie mit Ihrem Vermieter Probleme haben
- in Fragen des Arbeitsrechts, im Pensions- und Sozialbereich
- bei der Mindestsicherung

Tel. 0650 / 2710 550 E-Mail: kpoemuerz@gmail.com

Außertourliche Termine nach telefonischer Vereinbarung



Die Gewinner der letzten Ausgabe: Gemeinde Kindberg:

1. Preis 30 € REWE - Gutschein: Manfred Seitinger 2. Preis 20 € REWE - Gutschein: Elke Gschwandner 3. Preis eine Flasche Red Roots vom Markowitsch: Gerlinde Siegl

Gemeinde St. Barbara:

- 1. Preis 30 € St. Barbara Gutscheine: Josef Labenbacher 2. Preis 20 € St. Barbara Gutscheine: Sabine Pesendorfer
- 3. Preis eine Flasche Red Roots vom Markowitsch: Konrad Putzgruber

Neuerung auf Grund der vielen Teilnehmer:innen:

Es gibt ab sofort zwei Hauptpreise mit jetzt **40** Euro-Gutscheinen, zwei mit je **30** Euro und je **2** Flaschen Red Roots Wein, für beide Gemeinden zu gewinnen.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Gewinner werden in der nächsten Nummer bekannt gegeben. Die Preise werden nach der Veröffentlichung zugestellt. Schneiden sie den ausgefüllten Kupon aus und senden sie ihn an die KPÖ Mürzzuschlag, Wiener Straße 148 8680 Mürzzuschlag oder senden sie die Lösung mit Namen und Adresse per E-Mail an: kpoemuerz@gmail.com. Einsendeschluss ist der 31.1.2023

1		2	3		4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Name:															_
Strasse:															
Wohnort: Telefon:															

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger, Herstellung und F.d.Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. E-Mail: a.fuchs@kpoe-steiermark.at // DVR: 0600008

Druck: Kurz Mürzzuschlag, **Offenlegung:** Die Mürztaler Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Mürztal Mitte – dient der Information der Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.